

# Fehler oder Absicht?

Mit Druckfehlern hat jede Redaktion einer Zeitung zu kämpfen. Auch wir bilden dabei keine Ausnahme, worauf uns aufmerksame Leser immer wieder hinweisen.

In letzter Zeit verstärkte sich bei uns der Eindruck, daß die in unserer Zeitung enthaltenen Fehler nicht nur in unserer verschiedentlich verursachten Unaufmerksamkeit beim Korrekturlesen begründet liegen. Mehrfach waren wir der Meinung, Fehler auf den Seitenabzügen angetrichen zu haben, die dann trotzdem in der gedruckten Zeitung enthalten waren.

Aus diesem Grund wurden die entscheidendsten Korrekturen der Seitenabzüge der „UZ“ 23/89 zur Sicherheit bei der Nachverstellung auf den zweiten Seitenabzügen, welche in der Redaktion verbleiben, vermerkt.

Die vorliegende „UZ“ 22/89 begründete unseren Verdacht. Der im Interview zu den Telefongebühren (S. 2) enthaltene Fehler ist trotz Korrektur unsererseits wieder enthalten. Richtig muß der erste Satz des Genossen Hofmann folgendermaßen lauten:

„Die der Einrichtung zur Verfügung stehenden finanziellen Fonds insgesamt haben keine rückläufige Tendenz.“

Wir werden den Ursachen für diese „Druckfehler“ nachgehen und für deren Beseitigung kämpfen.

Die Redaktion

# Energie sparen – aber wie?

Die bewußte Senkung des Energieeinsatzes ist weltweit ein wichtiges Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Schwerpunkt zur Erschließung noch vorhandener Energiereserven an unserer Universität ist vor allem die Raumheizung. Allein 1 Kilo (K) Überheizung in den Räumen ist mit 5 Prozent mehr Energieverbrauch verbunden. Das sind jährlich 825 TM nach den gültigen Wärmeenergie-Tarifen.

Zur Sicherung der energieeffizienten Zielstellung im Winter 1989/90 und der vorgesehenen Senkung des außen-temperaturabhängigen Energieverbrauches um 5 Prozent bzw. 400 TM bedarf es der konsequenten Nutzung der noch vorhandenen Reserven, wie z. B. der:

- Reduzierung der Wärmeverluste in der Raumbeheizung des Weinhald-Baus;
- Vermeidung von Überheizungsstellen in anderen Universitätsgebäuden (Reichenhainer Straße, Bahnhofstraße, Straße der Nationen, Erfenschlager Straße);
- Senkung des spezifischen Warmwasserverbrauches pro Student für Duschzwecke in den Wohnheimen;
- Minderung des Sekundärenergieaufkommens durch planmäßige Reduzierung der Betriebszeiten der zentralen Be- und Entlüftungsanlagen im Weinhald-Bau und der Zentralmensa Reichenhainer Straße;
- Reduzierung des Beleuchtungs-aufwandes durch verstärkte Einführung der Arbeitsplatzbeleuchtung;
- Umstellung der Außenbeleuchtung laut TGL 300-0617 auf energie-sparende Lampen mit hoher Leuchtdichte und
- Funktionstüchtigkeit der Dämmerschalter für die optimale Außenbeleuchtung.

## Zahlen und Fakten, die interessieren!

Zur Gewinnung von einer Tonne Rohbraunkohle müssen gegenwärtig 8 m<sup>3</sup> Abraum beseitigt werden – im Jahre 1995 werden es 11 m<sup>3</sup> sein.

Zur Herstellung einer Kilowattstunde Elektroenergie werden ca. 3,6 kg Rohbraunkohle benötigt.

# „Universitätszeitung“

Herausgeber: SED-Parteio rganisation der Technischen Universität Karl-Marx-Stadt.

Redaktionskollegium: Dr. phil. Katja Sebumana, verantwortlicher Redakteur, Dipl.-Phys. Hartmut Weiß, Redakteur, Hans Schneider, Bildredakteur, Marika Seidel, Sachbearbeiterin, Prof. Dr. sc. Ch. Bührdel, Dr. sc. W. Förster, Doz. Dr.-Ing. habil. W. Hartmann, Doz. Dr.-Ing. H. Hahn, Dipl.-Sportlehrer G. Hauck, Doz. Dr. sc. W. Leonhardt, Prof. Dr. sc. K. Müller, Dr.-Ing. A. Oberreich, Dipl.-Biol. A. Pester, Dipl.-Ing. S. Reuter, Dr. phil. M. Richter, Dr. phil. B. Schauenburg, Dr.-Ing. B. Schüttlauf, Dipl.-Ing. M. Steinebach, Pat.-Ing. E. Strauß, Dr. rer. nat. C. Tichatzky, Dr.-Ing. Walter.

2827

## 10 Jahre Betriebspoliklinik Technische Universität / Bauwesen Karl-Marx-Stadt

# Bauschaffende, Wissenschaftler und Studenten werden umfassend medizinisch betreut

Am 29. November 1979 erfolgte die Schlüsselübergabe für die neu geschaffene Betriebspoliklinik Technische Universität/Bauwesen, die zum jetzigen Zeitpunkt ihres 10jährigen Bestehens die komplexe betriebsärztliche Betreuung für 10.300 Un- versitätsangehörige, 18.600 Bauschaffende und 5000 Werkstoffe des privaten Handwerks und der Gebäude- wirtschaft gewährleistet.

Das Grundanliegen unserer gesundheitspolitischen Zielstellungen liegt in der Erhaltung, Förderung und Wiederherstellung der Gestand- heit und Leistungsfähigkeit der Werkstoffe nach dem Prinzip der Einheit von arbeitshygienischer Be- ratung und Kontrolle, arbeitsmedi- zinischer Grundbetreuung und medi- zinischer Versorgung.

Die betriebsärztliche Betreuung des Bauwesens begann im Jahre 1951 mit der Schaffung einer Sanitätsstelle des VEB Bauunion Chemnitz/Karl-Marx-Stadt, die mit einem Medizinischen Assistenten, einem Arzt mit stundenweiser Tätigkeit und zwei Schwestern besetzt war. Schrittweise wurden in den neu ge- gründeten Kombinat des Bauwe- sens weitere Arztsanitätsstellen er- öffnet, die 1969 den Status eines Betriebsambulatoriums des VEB Wohnungsbaukombinat/VEB In- genieur- und Verkehrsbaubinat er- hielt.

Zur Verbesserung der stomatologi- schen Betreuung der Bauarbeiter richteten beide Trägerbetriebe 1974 einen Bauwagen als fahrbare stoma- tologische Ambulanz ein, dem bald auch ein Wagen für die arbeitsmedi- zinischen Untersuchungen folgte.

Die medizinische Betreuung der Angehörigen der damaligen Hoch- schule für Maschinenbau Karl- Marx-Stadt begann im Jahre 1980 mit der Inbetriebnahme einer Sanitäts- stelle, in der sich einmal wöchentlich ein Arzt mit Schwester um die medizinische Betreuung der Hochschulangehörigen kümmerte. Im Rahmen der Profilierung zur Technischen Hochschule Karl-

Marx-Stadt erfolgte nach Eröffnung einer weiteren Arztsanitätsstelle im Jahre 1973 die Gründung des Betriebsambulatoriums der Techni- schen Hochschule.

Beide Betriebsambulatorien wur- den 1979 auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Rektor der Technischen Hochschule Karl- Marx-Stadt, dem Bezirksbaudirektor und dem Bezirksarzt zur Betriebs- poliklinik Technische Hochschule/ Bauwesen mit Neuschaffung von sie- ben Arztarbeitsplätzen zusammen- geschlossen. Das erklärte Ziel war dabei die Verbesserung der Qualität und Effektivität bei der gesundheit- lichen Betreuung der Werkstoffe der Technischen Hochschule und des Bauwesens aller Eigentumsformen.

Mit der Eingliederung der Arbeits- hygienischen Leitstelle des Bau- wesens Zwickau war die Vorausset- zung für eine einheitliche Bearbei- tung aller arbeitshygienischen Be- tretungsaufgaben geschaffen wor- den, so daß die Betriebspoliklinik am 1. Januar 1985 Arbeitshygiene- beratungsstelle des Bauwesens im Bezirk Karl-Marx-Stadt werden konnte.

Das Hauptanliegen der Beratungs- stelle ist die Anleitung von 2380 Be- trieblichen mit insgesamt 61430 Be- schäftigten bei der arbeitshygieni- schen Erfassung der Bedingungen und die Mitwirkung bei der Erforschung spezifischer arbeitsbedingter Einflüsse auf den Gesundheitszu- stand der Werkstoffe. Gleichzeitig erfolgt Zusammenarbeit mit den Be- reichen Arbeitsmedizin bei Berufs- krankheitsverfahren und arbeitsmedi- zinische Tauglichkeits- und Über- wachungsuntersuchungen.

Im 10. Jahr ihres Bestehens prä- sentiert sich die Betriebspoliklinik TU/Bauwesen als eine leistungsfähige Einrichtung des Gesundheitswe- sens in Karl-Marx-Stadt, deren 97 Mitarbeiter in den Abteilungen und Funktionsbereichen Arbeits- medizin, Innere Medizin, Stomatolo- gie, HNO, Arbeitshygiene, Orthopä- die, Sportmedizin, Psychologie, Phy-

siotherapie, Funktionsdiagnostik, Medizinisches Labor, Zahntechni- sches Labor und Informationsver- arbeitung trotz teilweiser personeller Unterbesetzung ständig steigende Leistungen bei der Betreuung der ihnen anvertrauten Werkstoffe und der Bevölkerung des Einzugsberei- ches erbringen.

Die Aufgaben in der ambulanten



Physiotherapeutin Frau Delling bei der Elektrotherapie. Foto: Grunewald

Die betriebsärztliche Tätigkeit wird über Betriebsarztbereiche wahrgenommen und hat sich in dieser Form sehr bewährt. So werden jährlich etwa 200 Betriebsbege- hungen durchgeführt und über 8000 gesetzlich vorgeschriebene Vor- sorguntersuchungen realisiert. Hin- zu kommt die medizinische Betreu- ung der Kampfgruppen der Arbeit- erklasse durch beauftragte Ärzte

und Schwestern und Tauglichkeits- untersuchungen für Werkstoffe aus dem Bezirk, die an der Edgogstrasse in der UdSSR arbeiten. Im Rahmen der Neuervereinbarung wurde das Berufskrankheitsdispensare opti- miert.

Die Ausländerbetreuung konzen- triert sich auf die Beschäftigten an der Technischen Universität, wo über 350 Direktstudenten und Aspi- ranten aus 33 Ländern kostenlos be- handelt werden, sowie auf Werkstoffe aus Vietnam und anderen soziali- stischen Ländern, die im Bauwesen arbeiten.

Die Stomatologen der Einrichtung sind mit ca. 20.000 Konsultationen einschließlich der Leistungen des Zahntechnischen Labors gefragte Partner bei der Erhaltung und Ver- besserung der Zahngesundheit unse- rer Werkstoffe. Durch Einrichtung täglicher „Schmerzprechstunden“ konnten die Wartezeiten für unbes- tigte Patienten wesentlich gesenkt werden. Besonders Augenmerk widmen die Zahnärzte der Mund- hygiene in Arzi-Patienten-Gesprä- chen sowie der Durchführung einer Periodontologie-Sprechstunde mit Therapie und Dispensare.

In der Neuertätigkeit sind viele Mitarbeiter aktiv. So wurden bisher 20 Neuervereinbarungen anerkannt, zwei MMM-Verbindungen abge- schlossen. Exponate waren auf der Leistungsschau der TU und dem Kongreß der Gesellschaft für All- gemeinmedizin 1989 zu sehen.

Die Betriebspoliklinik TU/Bauwesen Karl-Marx-Stadt tritt in das zweite Jahrzehnt ihres Bestehens ein mit dem Neubau einer eigenen Röntgenabteilung, der Profilierung einer Abteilung für Augenkrankheiten und vor allem der Bereitschaft aller Mitarbeiter, ihr Bestes für die stän- dige Vervollkommnung der komple- xen Betreuung zum Wohle der ihnen anvertrauten Werkstoffe zu tun.

Klaus Hainke, Facharzt für Allgemeinmedizin

# Brauchen wir eine Wissen- schaft vom Sozialismus?

Wenn sich die Parteien und gesell- schaftlichen Organisationen in der DDR ebenso wie die neu ent- standenen demokratischen Bewe- gungen wie das Neue Forum und die SDP, um nur zwei zu nennen, um Sozialismus bekem- men, brauchen wir die Wissen- schaft vom Sozialismus mehr als je zuvor – meiner Meinung nach auch als Lehrdisziplin an unseren Hoch- und Fachschulen. Ob diese Disziplin nur fakultativ oder ob- ligatorisch, mit oder ohne Prü- fung, d. h. in welchen studien- organisatorischen Formen gelehrt wird, muß in Bälde entschieden werden.

Im Sozialismus in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern ist eine gewaltige revolutionäre Erneuerung im Gange, um ihn attraktiv, ich sage nicht attraktiver, weil er für viele ehemalige DDR-Bürger eben nicht anziehend war, und vor allem demokratischer dem Volke verbunden zu machen. Zur Zeit entstehen viele Platt- formen und Diskussionen über das, was man im Volke und den Parteien sowie demokratischen Bewegungen der DDR unter So- zialismus verstehen will.

Die Wissenschaft vom Sozialis- mus hat deshalb die Aufgabe, die verschiedenen Vorstellungen vom Sozialismus zu vergleichen, sie kontroversen Diskussionen zu- gänglich zu machen. Dabei sollte kein Partner, der Sozialismuskon- zeptionen entwickelt, ein Monopol für die absolute Wahrheit sein. Vielmehr muß praktische Überprüfungen unterzogen werden, begangene Fehler bei der Reduzierung so- zialistischer Demokratie zum Beispiel müssen korrigiert, neue Wege beschritten werden.

Dazu brauchen wir die scho- nungslossten Analysen der gesell- schaftlichen Realität, Ursachen- findung für Stagnation, Fehler und Hemmnisse, die auch aus den bisher offiziell geltenden Sozialis- musdefinitionen resultierten. Es muß untersucht werden, wie ist unsere Realität, welchen Hand- lungsbedarf haben wir bei der breitesten Entfaltung sozialisti- scher Demokratie etc., und zwar ohne Reglementierung der Wissenschaft, ohne den Zwang, realistische Analysen in den Schulbüchern verschwinden zu lassen bzw. zu frisieren. Des weite- ren muß Sozialismus in seiner historischen Herkunft als Ideal und wissenschaftliche Voraussetzung der Arbeiterbewegung und ihrer Theoretiker im 19. und 20. Jahr- hundert, ebenfalls in widersprüch- licher Debatte entstanden, er-

äußert werden. Es gibt einen So- zialismus, entstanden in einem Agrarindustrieland, unter kon- kreten politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen, einen Sozialismus, der als Hoff- nung der Menschheit und der Ar- beiterbewegung entstand und u. a. durch politische Verhältnisse so- wie ein akutes Demokratiedefizit bedeutenden Deformationen unterlag, einen Sozialismus, der gegenwärtig durch politische Krisen, Schichten und sozialen Gruppen und nicht mehr vordergründig als Politik zur Vordringlichkeit, Behebung oder Milderung sozialer Schwächen, zur Verbesserung der sozialen Lage wirtschaftlicher und/oder sozialer Gruppen verstanden, / 1, 312 /

Ausgehend von den Analysen der Klassiker des Marxismus-Leninismus zur sozialen Lage der Arbeiter- klasse / 2, 232 ff. / 3, 190 ff., soll- ten in die Untersuchung der Sozial- politik u. a. einbezogen werden: Arbeits-, Einkommens-, Wohn- verhältnisse, die Sozialversicherung, die Ausbildungs- und Erziehungs- verhältnisse, Gesundheits-, Ernäh- rungs-, Familienverhältnisse sowie politisch-moralische Verhältnisse, darunter auch die Sicherung der Menschenrechte, individueller Frei- heiten.

Diese Komplexität der Sozialpoli- tik verbietet es geradezu, im Rah- men dieses Beitrages auf Einzelhei- ten einzugehen. Ich möchte mich deshalb auf einige qualitative Wertun- gen beschränken und Entwick- lungstendenzen aufzeigen.

Ein Ausgangspunkt für die Ein- ordnung der Sozialpolitik in die Ge- samtpolitik sind die von Marx auf- gezeigten dialektischen Beziehungen zwischen Produktion und Konsumtion / 4, 369 ff. /

1. Die sozialen Leistungen der Ge- sellschaft haben ihre Basis in der materiellen Produktion; sie können nur in dem Maße realisiert werden, in dem in der materiellen Produktion die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen wer- den. Die Produktion liefert das „Material der Konsumtion“ (Marx). Ausgehend vom Wachstum der Produktion, wurde in unserer Repu- blik auf allen Gebieten der Sozial- politik ein hohes soziales Niveau erreicht. Das kann durch viele Ergeb- nisse der Sozialpolitik u. a. hin- sichtlich der sozialen Sicherheit, des materiellen und kulturellen Lebens- niveaus, der Wohn-, Arbeits-, Um- welt- und Erholungsbedingungen, belegt werden. Der erreichte Stand darf aber kei- neswegs darüber hinwegtäuschen, daß auf mehreren Gebieten der So- zialpolitik starke Differenzierungen gegeben sind und die der o. a. Be- griffserweiterung innewohnende Er- höhung des Niveaus der Sozialpolitik keinesfalls zur Problemverdrängung

# Sozialpolitik in der DDR – eine Errungenschaft?

Von Prof. Dr. sc. oec. Jürgen Ackermann, Sektion Wirtschaftswissenschaften

Die oft gebrauchte Kategorie der Sozialpolitik ist in ihrem wissen- schaftlichen Inhalt keinesfalls ein- deutig definiert. Würde sie früher in ihrem engeren Sinne als Politik des Ausgleichs von Not- und Wechsel- fällen des Lebens, der Sozialfürsorge betrachtet, so wird sie heute in im- mer stärkerem Maße als Teil der Poli- tik des Staates zur Gestaltung des sozialen Verhältnisses von Klassen, Schichten und sozialen Gruppen und nicht mehr vordergründig als Politik zur Vordringlichkeit, Behebung oder Milderung sozialer Schwächen, zur Verbesserung der sozialen Lage wirtschaftlicher und/oder sozialer Gruppen verstanden, / 1, 312 /

Ausgehend von den Analysen der Klassiker des Marxismus-Leninismus zur sozialen Lage der Arbeiter- klasse / 2, 232 ff. / 3, 190 ff., soll- ten in die Untersuchung der Sozial- politik u. a. einbezogen werden: Arbeits-, Einkommens-, Wohn- verhältnisse, die Sozialversicherung, die Ausbildungs- und Erziehungs- verhältnisse, Gesundheits-, Ernäh- rungs-, Familienverhältnisse sowie politisch-moralische Verhältnisse, darunter auch die Sicherung der Menschenrechte, individueller Frei- heiten.

Diese Komplexität der Sozialpoli- tik verbietet es geradezu, im Rah- men dieses Beitrages auf Einzelhei- ten einzugehen. Ich möchte mich deshalb auf einige qualitative Wertun- gen beschränken und Entwick- lungstendenzen aufzeigen.

Ein Ausgangspunkt für die Ein- ordnung der Sozialpolitik in die Ge- samtpolitik sind die von Marx auf- gezeigten dialektischen Beziehungen zwischen Produktion und Konsumtion / 4, 369 ff. /

1. Die sozialen Leistungen der Ge- sellschaft haben ihre Basis in der materiellen Produktion; sie können nur in dem Maße realisiert werden, in dem in der materiellen Produktion die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen wer- den. Die Produktion liefert das „Material der Konsumtion“ (Marx). Ausgehend vom Wachstum der Produktion, wurde in unserer Repu- blik auf allen Gebieten der Sozial- politik ein hohes soziales Niveau erreicht. Das kann durch viele Ergeb- nisse der Sozialpolitik u. a. hin- sichtlich der sozialen Sicherheit, des materiellen und kulturellen Lebens- niveaus, der Wohn-, Arbeits-, Um- welt- und Erholungsbedingungen, belegt werden.

Der erreichte Stand darf aber kei- neswegs darüber hinwegtäuschen, daß auf mehreren Gebieten der So- zialpolitik starke Differenzierungen gegeben sind und die der o. a. Be- griffserweiterung innewohnende Er- höhung des Niveaus der Sozialpolitik keinesfalls zur Problemverdrängung

ihres Wesens in engerem Sinne ge- führt hat.

Der erreichte Stand muß sich auch dem internationalen Vergleich stellen. Die Leistungen unserer Gesell- schaft halten auf vielen Gebieten der Sozialpolitik diesem internatio- nalen Vergleich durchaus stand. Ein solcher Vergleich muß aber auch mit Hermann Kunt wie folgt zusammen- gefaßt werden: „Unser Lebensstan- dard ist, verglichen mit den Arme- sten, beachtlich; verglichen mit den Reichsten, ist er ärmlich.“ / 5, 5 /

Die Erweiterung der sozialpoliti- schen Leistungen auf der Basis der Entwicklung der Produktion ist eine Voraussetzung für die Erhöhung der Attraktivität des Sozialismus.

2. Die bewußte Umsetzung der dia- lektischen Beziehungen zwischen der Produktion und der Konsumtion bedingt die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihrer Einheit, so, daß die Ergeb- nisse höherer Produktion genutzt werden, die Arbeits- und Lebens- bedingungen zu verbessern, sich gute Arbeit auch in hohen sozialen Leistungen niederschlägt. Die Be- ziehungen zwischen der ökonomi- schen und der sozialen Entwicklung sind nicht nur als monokausaler Zusammenhang, sondern als dia- lektischer Prozeß zu gestalten. Nur so kann die Sozialpolitik als Trieb- kraft wirken.

Die Korrelation zwischen der Pro- duktion und der sozialen Lage muß dabei für die einzelnen Ebenen – die Gesellschaft, die Kollektive und Individuen – überschaubar sein. Deshalb dürfen die sozialen Leistungen nicht nur im Rahmen der Gesellschaft in Abhängigkeit von der Entwicklung der Produktion gestaltet werden, sondern müssen jedem einzelnen in Abhängigkeit der Produktion gewährt werden. Die Er- höhung der Wirksamkeit der Sozial- politik steht in enger Beziehung zur Realisierung des Leistungsprinzips.

Auch wenn die Durchsetzung des Leistungsprinzips auf mehreren Gebieten der Sozialpolitik (z. B. Bil- dung und Gesundheitswesen) in bestimmter Hinsicht motiviert wer- den muß, so ist die Lösung der So- zialpolitik vom Leistungsprinzip – selbst auf einem ihrer entschei- denden Gebiete, wie der Entlohnung – eine wesentliche Ursache für ihre eingeschränkte Triebkraftwirkung.

3. Die Sozialpolitik kann nur an den Erfordernissen des ökonomischen Grundgesetzes, an der Erfüllung des Ziels des Sozialismus ein- geschätzt werden. Maßstab müssen die von Engels abgeleiteten An- forderungen sein, ... vermittelt der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsmitgliedern eine

(Fortsetzung auf Seite 3)